

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 22. Januar 2021, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Daniela Huber Notter (bis zur Wahl des neuen Stadtratspräsidenten) Stadtratspräsident Roman Gugger Peter Aegerter (bis 18.10 Uhr, während Traktandum 9), Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Vera Vuille, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Ronald Wyss, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	-
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Die Stadtratspräsidentin begrüsst die Anwesenden zur ersten Stadtratssitzung im Jahr 2021 und freut sich über die anwesenden Zuschauer. Besonders heisst sie die neuen Stadtratsmitglieder Vera Vuille und Ronald Wyss willkommen. Sie wünscht ihnen viel Gefreutes für die kommende Zeit im Stadtrat und gibt ihnen traditionsgemäss den Hinweis «In der Kürze liegt die Würze» mit auf den Weg. Sie weist den Rat darauf hin, dass die Traktandenliste angepasst wurde. Neu wird das Geschäft stadträtliche Kommissionen 2021 nach den beiden Ersatzwahlen in die Sachkommissionen behandelt. Die neue Traktandenliste liegt auf.

Der Stadtratssekretär führt zu diesem Punkt aus, dass zuerst die Ersatzwahlen in die Sachkommissionen vorgenommen werden müssen, damit anschliessend die Präsidien und Vizepräsidien gewählt werden können.

Peter Aegerter (SVP) stellt aufgrund einer persönlichen Terminkollision den Antrag, die Traktanden 8 und 9 auszutauschen und somit das Geschäft Überbauungsordnung UeO aa Lerchenfeld, Erweiterung Metzgercenter vor dem Geschäft Gesamtverkehr, Verkehrsmonitoring und Berichterstattung zu behandeln.

Der Rat gibt dem Antrag statt.

1. Wahl des Stadtratsbüros 2021

a) Stadtratspräsidium (Grüne/JG)

Die Fraktion Grüne/JG schlägt Roman Gugger (Grüne/JG) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Roman Gugger (Grüne/JG) einstimmig zum Stadtratspräsidenten.

Die scheidende Stadtratspräsidentin **Daniela Huber Notter** (BDP) gratuliert dem neuen Stadtratspräsidenten Roman Gugger herzlich zur Wahl.

Stadtratspräsident Roman Gugger (Grüne) bedankt sich beim Rat für das Vertrauen und das Verständnis, dass nicht alles so feierlich abläuft wie in anderen Jahren. Mit grosser Freude nimmt er die Wahl an, die ihm eine grosse Ehre ist. Obwohl sich das Jahr 2020 nicht vom Wahlslogan der Partei seiner Vorgängerin «Langweilig, aber gut» begeistern liess, hat Daniela Huber Notter das Corona-Jahr bestmöglich bestritten, den Mut nicht verloren und den Stadtrat erfolgreich geleitet. Er wünscht ihr jetzt wieder viel Freude als «normale» Stadträtin und übergibt der Mitte-Politikerin eine Pfeffermühle, grünen und roten Pfeffer für ihre gepfefferten Voten. Da in der kommenden Zeit Ausdauer gefragt ist, hat er sich für sein Präsidialjahr für das Motto «Durchbeissen» entschieden und allen Anwesenden ein Ovo-Schoggistängeli mitgebracht. Es gilt jetzt, durchzubeissen, bis die Epidemie in die Knie gezwungen werden kann. Allen fehlt der informelle Austausch in den Fraktionen, im Rat, doch auch über die politischen Institutionen hinaus. Allen fehlen die Momente, um das Geschehen zu verarbeiten und darüber zu sprechen. Es ist in der aktuellen Situation nicht möglich, nach einer hitzigen Debatte im Saal bei einer Stange wieder reinen Tisch machen. Dies hat sich in letzter Zeit im Rat auch mal gezeigt, namentlich durch eine gewisse Unruhe, geringere Aufmerksamkeit und gelegentlich leicht gehässige Voten. Er freut sich, nach erfolgreicher Bewältigung der Krise in das altherwürdige Rathaus und zur Ratskultur zurückzukehren. Bis dann bittet er den Rat, durchzubeissen und Contenance zu bewahren. Er ruft dazu auf, in der Krise niemanden zurückzulassen, zueinander zu schauen und einander zum Durchbeissen zu motivieren. Nebst der Pandemie stehen auch andere globale Herausforderungen an, zu denen auch Thun seinen Beitrag leisten muss. Auch persönlich steht Durchbeissen beim Stadtratspräsidenten auf dem Programm, da er Ende Jahr voraussichtlich sein Studium abschliesst. Nicht zuletzt richtet er den obligaten Appell an den Rat, die Voten kurz zu

fassen. Er darf sein verflixtes siebtes Jahr im Stadtrat als Präsident verbringen. Mit seiner Körpergrösse von 1.94m ist er es sich gewöhnt, einer der höchsten Thuner zu sein. Dennoch ist es etwas ganz Besonderes, offiziell der höchste Thuner zu sein – noch dazu der Jüngste mit seinen 30 Jahren. Er freut sich, das Politjahr in Angriff zu nehmen und wird sehr bemüht sein, der schönen Stadt ein würdiger Ratspräsident zu sein und gute Diskussionen zu ermöglichen. Er schätzt es sehr, dass ihm seines Alters wegen nie Bedenken zu Ohren kamen. Das spricht sehr dafür, dass sich in Thun auch jüngere Menschen politisch einbringen können bzw. sollen. Er hätte sich zwar bessere Zeiten vorstellen können, dieses Amt zu übernehmen und hätte seine Wahl gerne würdig gefeiert. Er verspricht jedoch, dies nachzuholen. Er ruft nochmals dazu auf, durchzubeissen und das Beste aus dem Jahr 2021 zu machen.

b) Erstes Vizepräsidium (SP)

Die SP-Fraktion schlägt Katharina Ali-Oesch (SP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Katharina Ali-Oesch (SP) einstimmig zur ersten Vizepräsidentin.

c) Zweites Vizepräsidium (EVP+EDU+CVP)

Die Fraktion EVP+EDU+CVP schlägt Manfred Locher (EVP+EDU+CVP) zur Wahl vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Manfred Locher (EVP+EDU+CVP) einstimmig zum zweiten Vizepräsidenten.

d) Zwei Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen (glp/BDP und SVP)

Die SVP-Fraktion schlägt als Stimmenzähler Daniel Waldspurger (SVP) vor.

Die Fraktion glp/BDP schlägt als Stimmenzähler Ronald Wyss (glp/BDP) vor.

Der Rat wählt, gestützt auf Artikel 14 und Artikel 20 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Stadtrats sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018, Daniel Waldspurger (SVP) und Ronald Wyss (glp/BDP) einstimmig als Stimmenzähler.

Auf den traditionellen Sitzungsunterbruch mit kurzem Umtrunk muss aufgrund der aktuellen Lage infolge der Corona-Pandemie verzichtet werden.

2. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. Dezember 2020

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

3. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für die zurückgetretene Darshikka Krishnanantham (SP)

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO BiSK wird als Mitglied anstelle von Darshikka Krishnanantham (SP) per sofort gewählt: Vera Vuille (SP).

4. Sachkommission Sicherheit und Soziales

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Reto Vannini (BDP)

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO Si+So wird als Mitglied anstelle von Reto Vannini (BDP) per sofort gewählt: Ronald Wyss (BDP).

5. Stadträtliche Kommissionen 2021

Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der Sachkommissionen

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen sowie auf die Beratungsergebnisse der Präsidienkonferenz vom 12. Dezember 2018 und in Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 21 des Geschäftsreglements des Stadtrats beschliesst:

Die Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen werden wie folgt gewählt:

	<i>Sachkommission</i>	<i>Amt</i>	<i>Person</i>	<i>Fraktion</i>
a)	SAKO P+StE	Präsidium	Thomas Rosenberg	Grüne/JG
		Vizepräsidium	Manon Jaccard	SP
b)	SAKO B+L	Präsidium	Simon Werren	glp/BDP
		Vizepräsidium	Alois Studerus	EVP+EDU+CVP
c)	SAKO BiSK	Präsidium	Manfred Locher	EVP+EDU+CVP
		Vizepräsidium	Carlo Schlatter	SVP
d)	SAKO Si+So	Präsidium	Eveline Salzmänn	SVP
		Vizepräsidium	Ronald Wyss	glp/BDP
e)	SAKO FIRU	Präsidium	Franz Schori	SP
		Vizepräsidium	Alwin Hostettler	Grüne/JG

6. Wahlkommission

Wahl von Patricia Salvisberg (parteilos) anstelle der zurückgetretenen Eveline Odermatt (SVP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 26/2020

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 4. Dezember 2020, beschliesst:

1. Von der Demission von Eveline Odermatt per 31. Dezember 2020 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz wird Patricia Salvisberg, geb. 2002 von Mühleberg BE, Gymnasiastin, wohnhaft Baumgartenrain 4b, 3600 Thun, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

7. Wahlkommission

Wahl von Philipp Genner (BDP) anstelle des zurückgetretenen Markus Luginbühl (BDP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 29/2020

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. Dezember 2020, beschliesst:

1. Von der Demission von Markus Luginbühl per 31. Dezember 2020 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz wird Philipp Genner, geboren 1975, von Buch SH, Koch, wohnhaft Waldheimstrasse 36, 3604. Thun, als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

8. Überbauungsordnung UeO aa Lerchenfeld Nord, Erweiterung Metzgercenter

Änderung baurechtliche Grundordnung

Bericht des Gemeinderates Nr. 28/2020

Der Stadtpräsident gratuliert dem neuen Stadtratspräsidenten im Namen des Gemeinderats herzlich zur Wahl. Das vorliegende Planungsgeschäft soll die Grundlage schaffen, dass das Metzgercenter weiterhin in Thun betrieben werden kann. Mit der heutigen Beschlussfassung durch den Stadtrat wird ein langer Prozess abgeschlossen. Insbesondere in Bezug auf Mobilität und Energie konnte mit der Metzgerschaft eine Vereinbarung abgeschlossen werden, was über mögliche Regelungen in einer Überbauungsordnung hinaus geht. Die Metzgerschaft Berner Oberland hat die Fraktionen eingeladen, sich vor Ort ein Bild zu

machen. Er bittet den Rat im Namen des Gemeinderats um Zustimmung zur UeO. Die Exponenten der Metzgerschaft sind anwesend und dokumentieren damit ihr grosses Interesse an der Planung. Es wäre schön, zusammen den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie die regionale Versorgung mit Fleisch sicherzustellen.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO P+StE**, findet wichtig, dass die Fleischverarbeitung regional bleibt – egal, wie man zum Fleischkonsum steht. Die SAKO erachtet die Anforderungen bezüglich Mobilität und Energie als sehr wichtig; sie greifen in Form der Vereinbarung auch für künftige Um- und Ersatzbauten. Diese werden bewilligt und von der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität entsprechend geprüft werden. Die SAKO stand der Qualität und Klarheit der Formulierungen in der Vereinbarung teilweise kritisch gegenüber, was jedoch rückgemeldet werden konnte. Die komplexen Unterlagen – gerade die speziellen Regelungen bezüglich Abholzung, wo man erst fünf Jahre später aufforsten müsste – gaben zu reden. Die Vorgaben der Rodungen kommen jedoch vollumfänglich von der kantonalen Fachstelle. Die erwähnten Fristen sind Maximalfristen und die Aufforstungsmassnahmen werden entsprechend abgestimmt. Die SAKO hat dem Geschäft mit 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, stimmt dem Geschäft mit seiner Fraktion zu. Energie und Mobilität sind nachhaltig geregelt und können auch in Zukunft eingefordert und kontrolliert werden. Die Fleischproduktion wird nicht per se ausgeweitet, die Regionalität aber gestärkt. Der Standort hat sich bewährt und ist geeignet.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, betont, dass es sich bei vorliegendem Geschäft um keine normale UeO handelt. Das wird spätestens klar, wenn man sich bei der Besichtigung des Schlachthofs das tägliche Geschehen vorstellt und wenn man bedenkt, dass ein Stück Wald gerodet und an einem steilen Abhang in der Unterlangenegg eine Ersatzforstung organisiert werden muss, bei der dann noch bedrohte Arten umgesiedelt werden müssen. Trotz aller Emotionen geht es fast ausschliesslich um lebensmittelhygienische Verbesserungen im Schlachthof. Gerade bei fleischverarbeitenden Betrieben stehen einwandfreie hygienische Verhältnisse absolut im Vordergrund. Die Unterlagen und die Besichtigung haben deutlich gemacht, dass diese Verbesserungen nötig sind und nur auf die vorgesehene Art und Weise durchgeführt werden können. Er bedauert, dass für die einzige übrig gebliebene Variante ein Stück Wald gerodet werden muss. Die hohen Anforderungen an die Rodungsbewilligung scheinen erfüllt zu sein. Er ist froh, dass die Eingaben seiner Fraktion im Rahmen der Mitwirkung weitestgehend erfüllt werden konnten, so die Reduktion der Parkplätze auf ein Minimum, die einheimischen Ersatzpflanzungen und die Sicherstellung eines Mobilitäts- und Gesamtenergiekonzepts. Im Vergleich zu früheren UeOs ist das ein nicht unbedeutender Fortschritt. Anders, als man es aus dem stadträtlichen Bericht annehmen könnte, geht es bei vorliegendem Projekt nicht um den Tierschutz, sondern fast ausschliesslich um die Optimierung der Betriebsabläufe und das Einhalten der lebensmittelhygienischen Vorgaben. Wie die Besichtigung gezeigt hat, konnten die Verantwortlichen die vom Tierschutz gerügten Mängel beheben. Er gewann vor Ort den Eindruck, dass die Verantwortlichen seit Jahrzehnten ernsthaft bemüht sind, sich an die ständig ändernden Anforderungen bezüglich Hygiene und Tierschutz anzupassen. Das Thema Tierschutz liegt beim kantonalen Veterinäramt und spielt in diesem Verfahren formell-rechtlich keine Rolle. Für einen Grossteil seiner Fraktion überwiegen die Gründe zur Unterstützung der UeO. Insbesondere erachten sie als wichtig, dass der regionale Schlachthof mit grosser Bedeutung für die Bauern und Metzgereien in der Region erhalten bleibt und das Schlachten durch sein Wegfallen nicht einfach an einem deutlich entfernten, grösseren und anonymen Schlachthof weitergeht. Trotz rückläufigem Fleischkonsum wird es realistischerweise noch lange Schlachthöfe brauchen. Der Teil seiner Fraktion, welcher diese Haltung teilt, wird ja stimmen. Ein beachtlicher Teil der Fraktion enthält sich der Stimme oder stimmt nein. Dies aus Überzeugung für die Werte, für die sie persönlich und in der Politik einstehen. Eine Gesellschaft mit möglichst wenig Fleischkonsum ist ihnen wichtig, da sie die zerstörerischen Folgen von übermässigem Fleischverzehr auf die Umwelt sehen. Sie gewichten auch die tierethischen Aspekte hoch und möchten mit ihrer Stimmabgabe ein Zeichen setzen für gar keinen oder weniger Fleischkonsum und vor allem für weniger Tierleiden.

Hanspeter Aellig (FDP) bedankt sich für die umfassenden Unterlagen. Er hat den Eindruck, dass dies ein Musterbeispiel einer seriösen, fundierten Planung, von klaren Absprachen, Mediation und Kommunikation ist. Die Unterlagen sind vollständig und enthalten die notwendigen Konzept- und Variantenstudien wie z.B. das Rodungsgesuch. Er betont, dass das Metzgercenter trotz seiner geringen Grösse eine wichtige Position für alle Landwirte im Berner Oberland übernimmt. Die kurzen Transportwege garantieren eine umwelt- und tiergerechte Verarbeitung. Auch ist das Center ein Arbeitgeber von regionaler Bedeutung. Es handelt sich gar nicht um eine Erweiterung, da die Gebäudehülle mehr oder weniger unverändert bleibt. Die FDP erachtet die Bewilligungsfähigkeit als gegeben und hofft, dass der Kanton entsprechend mitmacht. Sie stimmt der UeO mit gutem Gewissen und Überzeugung zu und wünscht der Metzgerschaft in Zukunft alles Gute und vor allem eine korrekte Berichterstattung in den Medien.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, erachtet die Regionalität als etwas Wertvolles, die es soweit wie möglich beizubehalten gilt. Sie bedeutet kurze Wege für Tier und Nahrung sowie Arbeitsplätze für den Standort. Die glp konnte bereits bei der Mitwirkung vor Ort Augenschein nehmen. Sie hat die Hoffnung, dass ein kleiner Betrieb in einem solch sensiblen Bereich die Nähe zum Tier auch zukünftig besser gewährleistet als ein grosser. Ihre Fraktion ist dazu bereit, die nötige Rodung mit Ersatzaufforstung in Kauf zu nehmen, um die Lebensmittelsicherheit einzuhalten. Sie freut sich, dass ihre Anliegen im Rahmen der Mitwirkung berücksichtigt wurden. Ganz speziell die gefundene Lösung zu den planungsrechtlichen Vorgaben mit Energie und Mobilität ist eine gute Sache. Für künftige Planungsgeschäfte sollten solche Themen bereits proaktiv von Seite Stadt aufgenommen werden, bevor sie vor den Rat kommen. Die glp/BDP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, stand dem Geschäft bereits vor Erscheinen der Zeitungsartikel betreffend Missachtung der Tierschutzvorschriften im Schlachthof Thun kritisch gegenüber. Die SP sieht die Zukunft nicht in der Förderung von Fleischproduktion und -handel, sondern begrüsst Bestrebungen nach einer Reduktion des Fleischkonsums zugunsten von Tier und Klimaschutz. Es ist irritierend, dass im vorliegenden Bericht des Gemeinderats nebst den Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit der Erweiterungsbedarf in Zusammenhang mit dem Tierschutz gestellt wird. Die Einhaltung der Kühlkette und das Errichten von Kühlkomplexen und Lagerräumen kommen wohl kaum dem Tierschutz zugute. Auch sonst fehlen im Bericht diesbezüglich jegliche Vorgaben. Sie bittet den Gemeinderat, seine Gründe dazu zu erläutern. Die UeO dient nach ihrer Erkenntnis einzig dem Vertrieb von Fleischprodukten, erfüllt die Einhaltung von Lebensmittelvorschriften und sichert somit das Fortbestehen des Metzgercenters in Thun. Der Erweiterungsbau kommt der regionalen Wirtschaft zugute. Gegenwärtig leben wir noch in einer Fleischwirtschaftsgesellschaft, in der regionale Produktion und regionaler Betrieb grossen Billigfleischvermarktern vorzuziehen sind. Die SP-Fraktion wird deshalb idealistische Beweggründe in den Hintergrund stellen und die UeO nicht ablehnen. Einige Fraktionsmitglieder werden sich enthalten, die Mehrheit wird dem Geschäft zustimmen. Obwohl die Zusammenarbeit zwischen dem Schlachthof Thun und dem schweizerischen Tierschutz keinen Einfluss auf das vorliegende Geschäft hat, wünschen sie sich, dass die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren verbessert wird und die Differenzen aus der Welt geschaffen werden. Direkt und indirekt haben die Differenzen Einwirkungen auf das Betriebsklima im Schlachthof, sein Bild in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt auf das Tierwohl. Sie wünschen sich eine seriöse Kontrolle und Berichterstattung, die laufende Behebung von Mängeln und maximale Sorgfalt im Schlachtbetrieb. Die in diesen Prozess involvierten Parteien sollen konstruktiv zusammenarbeiten und kommunizieren.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, findet das vorliegende Planungsgeschäft sehr erfreulich und stimmt mit seiner Fraktion uneingeschränkt und einstimmig zu. Mit der Annahme der UeO werden für ein kommunales KMU Rahmenbedingungen geschaffen, die eine Weiterentwicklung und somit die Sicherung von Arbeitsplätzen zulassen. Mit einer zeitgemässen Erneuerung der Infrastruktur eines traditionellen Thuner Betriebs wird dessen Fortbestand gesichert. Entsprechend der Legislaturziele wird somit auch der Wirtschaftsstandort Thun gestärkt. Die SVP-Fraktion wehrt sich nicht gegen die Vereinbarung bezüglich Energie und Mobilität, die zwischen der Metzgerschaft und der Stadt Thun geschlossen wurde. Obwohl die Stadt keine rechtliche Handhabe hat, war die künftige Bauherrschaft bereit, sich für eine umwelt- und

ressourcenschonende Vereinbarung verpflichten zu lassen. Die Metzgerschaft ging diese Vereinbarung freiwillig ein, was man anerkennen und würdigen muss. Mit Genugtuung nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis, dass auch die Eingaben der Mitwirkung in die vorliegende UeO aufgenommen werden konnten. Die geplanten baulichen Massnahmen führen zu einer verbesserten Einhaltung der Vorgaben bezüglich Tierschutzes und Lebensmittelhygiene. Im Erläuterungsbericht zur Vorlage wird eine klare und nachvollziehbare Aussage zur Standortgebundenheit eines möglichen Neubaus gemacht. Deswegen ist die Rodung einer bestehenden Waldfläche unbedingt nötig und deren Ersatzaufforstung in einem rutschgefährdeten Graben geregelt. Die dafür gesetzte Frist von 2027 ist unschön, liegt jedoch in Kompetenz des Kantons. Wer der UeO nicht zustimmt, gefährdet wesentlich den Fortbestand des Metzgercenters. Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft in allen Punkten zu.

Reto Kestenholz (Grüne) gibt die Haltung einiger Fraktionsmitglieder bekannt. Er wurde sogar persönlich kontaktiert von Leuten, von denen er eine so kritische Beurteilung der UeO nicht erwartet hätte. Es handelt sich beim Metzgercenter nicht um einen normalen Betrieb. So werden dort jährlich zigtausend führende Lebewesen getötet, die allein dafür gezüchtet und ins Leben geholt wurden, um die Bedürfnisse von Fleisch und Milchprodukte konsumierenden Menschen zu befriedigen. Dass dies nicht ohne Qualen geht, ist unbestritten. Vertreterinnen aller Fraktionen konnten anlässlich der eindrücklichen Orientierung beim Schlachthof sehen, wie wenige Monate alte, geteilte Kälber als sogenannte Abfallprodukte der Milchindustrie aufgehängt waren – die monetär wohl kaum einen Wert haben, jedoch wohl als Billigfleischprodukte in lokalen Dönerbuden etc. landen. Er dankt dem Geschäftsführer der Metzgerschaft Berner Oberland für die Transparenz, welche er nicht nur bei der Führung, sondern auch rund um die unglücklichen Medienberichte an den Tag legte. Die Kritik kam in einem heiklen Moment und war sicher nicht in jedem Fall gerechtfertigt. Er glaubt auch, dass diesbezüglich reagiert wurde, und denkt nicht, dass der Schlachthof speziell an Pranger gestellt werden muss. So wurden in den letzten Jahren wohl die wichtigsten Mängel behoben. In den Unterlagen werden immer noch und wiederholt Argumente des Tierschutzes erwähnt und er wird das Gefühl nicht ganz los, dass damit ein paar Leute mit ins Boot geholt werden sollen. Er ruft dazu auf, sich davon nicht täuschen zu lassen. Es geht eindeutig nicht um den Tierschutz oder darum, etwas an der aussichtslosen Situation der Tiere zu verbessern oder beim Seuchenschutz die Gefahren zu minimieren. Es geht nur um die im Erläuterungsbericht aufgelisteten Punkte – um das Geschäft, eine Effizienzsteigerung und darum, die Versäumnisse bei der Hygiene in Ordnung zu bringen. Er und andere Mitglieder seiner Fraktion sind der Ansicht, dass es in den bestehenden Platzverhältnissen andere Lösungen geben muss. Sie möchten dieser Tötungsindustrie nicht noch mehr Raum geben – schon gar nicht auf Kosten des wertvollen, funktionierenden Ökosystem Wald, den man nicht einfach verschieben kann. Angesichts der klaren Entwicklung der sinkenden Zahlen von Schlachttieren und auch des anhaltenden Trends zu weniger Tierkonsum sehen sie in dieser Branche nichts Ausbau- und langfristige Zukunftsfähiges. Die drastischen Argumente für weniger Verzehr von Tierprodukten sind allgemein bekannt. Er ruft auch die lokalen Player dazu auf, sich mit dieser Realität auseinanderzusetzen. Es ist jedoch auch nicht in ihrem Sinne, dass es im Wettbewerb eine weitere Konzentration zu immer grösseren Betrieben gibt, doch da liegt die Verantwortung auch beim Einzelnen. Um auch den leidenden Tieren eine Stimme zu geben, die nie gefragt werden, stimmt eine Minderheit der Fraktion Grüne/JG klar gegen die UeO. Rein wirtschaftliche und eher kurzfristige Argumente sollten nie in diesem Ausmass über Leben und Tod entscheiden dürfen. Sie bitten deshalb alle, ihre Haltung zu überdenken.

Der Stadtpräsident bestätigt, dass der Tierschutz bei vorliegendem Geschäft nicht im Vordergrund steht und es sich in erster Linie um ein Planungsgeschäft handelt. Eine zeitgemässe Infrastruktur kann jedoch der Beachtung aller Vorschriften – damit auch den Tierschutzvorschriften – dienen, auch wenn der Zusammenhang eher indirekt ist. Er hat sich im Vorfeld der Debatte durch den Kantonstierarzt bestätigen lassen, dass den Mitarbeitenden der Schlachtbetriebe ein schonender und korrekter Umgang mit den Tieren attestiert werde. Dies hat ihn nicht überrascht, aber darin bestärkt, dass dem Geschäft mit gutem Gewissen zugestimmt werden kann. Es wäre der falsche Weg, die UeO für einen regionalen Betrieb abzulehnen, da dies u.a. zu längeren Wegen und der Förderung von Grossschlachtbetrieben führen würde. An Stadträtin Krenger gerichtet führt er aus, dass die Vereinbarung als Modell dienen könnte. Der

Gemeinderat versucht, lernfähig zu sein und weiss auch, welche Bereiche politisch heikel sind. Er versucht, den Signalen aus dem Stadtrat Gehör zu schenken und in diese Richtung zu gehen. Die vorliegende UeO ist ein Produkt davon. Er bittet den Rat um Zustimmung.

Der Rat genehmigt mit 33 : 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 9. Dezember 2020, beschliesst:

1. Genehmigung der neuen Überbauungsordnung UeO aa «Lerchenfeld Nord» mit Rodung und Einzonung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

9. Gesamtverkehr. Verkehrsmonitoring und Berichterstattung

Bewilligung eines Gesamtkredits in der Höhe von 1.6 Mio. Franken für eine aussagekräftige Erfolgskontrolle über die Wirkung und den Grad der Zielerreichung der städtischen Verkehrspolitik (Verkehrsmonitoring)

Bericht des Gemeinderates Nr. 27/2020

Der Stadtpräsident erläutert, dass mit dem vorliegenden Geschäft ein Auftrag des Stadtrats umgesetzt wird. In der Städteinitiative und dem Mobilitätsreglement wird eine Berichterstattung gefordert, die wiederum Grundlagen braucht. Die Kritik, dies habe zu lange gedauert, da das Mobilitätsreglement bereits 2017 in Kraft trat, ist nicht ganz unberechtigt. Sein Ziel wäre es gewesen, das Geschäft in der ersten Legislaturhälfte zu behandeln, was jedoch aufgrund der beschränkten Ressourcen und neben der Ortsplanungsrevision nicht möglich war. Auch dank der sehr guten Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt liegt das Geschäft jetzt vor. Weiter ist bekannt, dass die Meinungen in der Verkehrspolitik häufig auseinandergehen und die Haltungen auch ideologisch geprägt sein können. Mit dem Verkehrsmonitoring werden Grundlagen für eine faktenbasierte und undogmatische Verkehrspolitik geschaffen, was dem Gemeinderat wichtig ist. Er räumt ein, dass 1.6 Mio. Franken ein hoher Betrag ist. Damit ist jedoch der Zeitraum bis ins Jahr 2035 abgedeckt, was die Höhe der Kosten relativiert. Wenn man bedenkt, dass diese Daten die Stadt sogar vor Fehlinvestitionen bewahren können, ist das Geld gut investiert. Er bittet den Rat um Zustimmung zum Kredit.

Jonas Baumann-Fuchs, **SAKO P+StE**, hätte das vorliegende Geschäft früher erwartet, wodurch gewisse Verkehrsentscheide vielleicht anders priorisiert und umgesetzt worden wären. Eine grosse Mehrheit der SAKO freut sich über das nun vorliegende Geschäft, auch wenn intensiv über die Kosten diskutiert wurde. «Umfassend» heisst, die Lücken zu schliessen, ein flächendeckendes Monitoring anzustreben und die ungenügenden Daten von Google und den Parkhäusern zu ergänzen. Auf neue Technologien zu warten, erachtet die Mehrheit der SAKO nicht als sinnvoll. Die SAKO hat dem Verkehrsmonitoring inkl. Berichterstattung mit 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, befürwortet das Monitoring und ist davon überzeugt, dass dadurch mehr Klarheit für die politischen Entscheide geschaffen wird. Die gesammelten qualitativen und quantitativen Daten und die daraus resultierenden Informationen sollten jedoch auch ernsthaft genutzt werden, um konkrete Auswirkungen zu haben. Seine Fraktion erwartet in Zukunft, dass mit den gewonnenen Informationen offensiv umgegangen wird und diese in die SAKOs gelangen – oder sogar

darüber hinaus. Wenn man die Kosten auf 14 Jahre herabbricht, landet man bei 115'000 Franken pro Jahr, was sich bei so gewichtigen Entscheiden lohnt.

Markus van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die Ausarbeitung des Geschäfts. Die FDP erkennt die Abhängigkeit zum Mobilitätsreglement und fragt sich, ob in der heutigen Zeit mit der COVID-bedingt hohen Finanzlast eine so grosse Investition für den in Art. 14 Mobilitätsreglement geforderten «kurzen Bericht» gerechtfertigt ist. Weiter fragt sie sich, ob durch die vorgeschlagenen Massnahmen eine umfassende Erfolgskontrolle sichergestellt wird oder ob man nicht viel mehr Kraft und Energie in die Planung und Realisierung wichtiger Projekte wie die Agglo-Programme 1 (Langsamverkehr) und 3 (insb. Aarequerung Thun-Süd) investieren würde. Auch die Art des Monitorings erscheint für eine Stadt, die sich den Brand «Smart City» gegeben hat, nicht zeitgemäss, da es gäbe modernere, effizientere und wohl auch günstigere Methoden zum Messen des Verkehrsflusses. Ein entsprechendes Open Source-Projekt hat der ehemalige Stadtrat Till Weber präsentiert. Die FDP lehnt das vorliegende Geschäft ab.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, möchte nicht, dass das Gesamtverkehrskonzept als Papiertiger endet. Insbesondere die Massnahme Mo1 muss endlich ausgeführt werden, auch wenn es sich um einen hohen Betrag handelt. Ihre Fraktion ist sich einig, dass es für die richtige Umsetzung des Mobilitätsreglements verlässliche Daten braucht und die Messungen jetzt durchgeführt werden müssen. Vielleicht ist der Modalsplit in Thun ja besser als erwartet. Auch die entstehenden Berichte dürfen nicht zu Papiertigern werden und die Massnahmen müssen auch wirklich ergriffen und mit den weiteren Messungen verbessert werden. Die Erhebung der Messungen kostet viel Geld, welches die SP-Fraktion für verlässliche Daten jedoch gerne investiert. Dennoch ist fraglich, ob man die Verträge nicht für eine kürzere Dauer vereinbaren möchte, um nach ein paar Jahren zu schauen, ob die Daten bei der immer besser werdenden Technologie nicht günstiger erhältlich sind. Dabei denkt sie an Mobiltelefone, wobei die Daten vergleichbar sein müssten. Die Messungen sollten für mindestens 15 Jahre durchgeführt werden. Die SP-Fraktion nimmt das Geschäft einstimmig an.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, findet den Betrag von 1.6 Mio. etwas hoch für die Messungen. Bei detaillierterer Betrachtung kam ihre Fraktion jedoch zum Schluss, dass das Geschäft durchaus notwendig ist und besser spät als nie kommt. Da Verkehr ein sensibles und emotionales Thema ist, finden sie es umso wichtiger, nicht über die Fakten, sondern über Schlussfolgerungen und Lösungen zu diskutieren, wofür jedoch eine gute Grundlage wichtig ist. Sie haben sich ausserdem überlegt, ob man die umliegenden, den Verkehrsfluss mitbestimmenden Gemeinden in irgendeiner Weise miteinbeziehen könnte. Dazu erscheint ihnen besonders wichtig, die als kantonal eingezeichneten Messstellen auch tatsächlich umzusetzen, um ein gesamtheitliches Bild zu erhalten. Sie hofft, dass die vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Berichterstattung nicht allzu technisch und gut verständlich ausfallen wird. Da diese Daten aus öffentlichen Geldern erhoben werden, sollten sie in geeigneter Form, mit dem entsprechenden Detaillierungsgrad und anonymisiert auch allfällig interessierten Drittanbietern – z.B. von Staumeldungs-Apps – zur Verfügung gestellt werden. Die glp/BDP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, schaut dem Verkehrsmonitoring positiv entgegen, da zukünftig Fakten und Daten für anständige Diskussionen vorliegen werden. Die Bewilligung des Kredits ist ein Schritt in die richtige Richtung, da irgendwann mit der Datenerhebung begonnen werden muss. Logischerweise muss man aufgrund dieser Daten dann auch handeln. Einen Beitrag zur Erreichung des Energiestadt-Labels GOLD zu erhalten, darf nicht das primäre Ziel der Stadt sein – sondern nachhaltige Grundlagenzahlen zu schaffen. Für das bevorstehende Ausschreibungsverfahren ist eine solide Anforderungsliste entscheidend, um die richtigen Daten zu erzeugen bzw. einzukaufen. Seine Fraktion hofft, dass eine Qualitätsinspektions- und Abnahmevorschrift (QIAV) erarbeitet wurde, welche die Verantwortlichkeiten und das Qualitätsmanagementmassnahmen für Vertragsgegenstände regelt. Bei den involvierten Parteien handelt es sich um das Projektteam des Tiefbauamts, die Lieferanten von Messstationen und Infrastruktur, die Lieferanten der Metadaten (Google, Mobilanbieter) und die Firma, welche die Daten schliesslich auswertet. Es stellt sich die Frage, ob eine Unternehmung vorgesehen ist, welche die Ausschreibung sauber

und unabhängig durchführt. Wichtig ist, dass die Koordination der einzelnen Pflichtenhefter und Schnittstellen auch in die Anforderung aufgenommen wird. Das Ausschreibungsverfahren muss sehr gut vorbereitet und geführt werden. Es darf nicht sein, dass die Lieferanten die Anforderungsliste schreiben. Die Erfahrungen aus Biel und Köniz, wo es bereits ein Referenzsystem gibt, sollten Einfluss haben auf den Aufbau des Thuner Systems. Zum Ausschreibungsverfahren möchte die SVP-Fraktion wissen, ob es sich um einen Werk- oder Dienstleistungsverträge handelt, da dies einen grossen Einfluss auf die Kosten hat. Weiter fragen sie sich, wie klare, aussagekräftige und messbare Anforderungen gestellt werden, welche Daten überhaupt benötigt werden, in welcher Form und in welchem Format. Diese Fragen müssen geklärt werden, um die Kosten tiefst möglich zu halten. Auch die Leistung der auswertenden Firma muss in einer Anforderung definiert werden. Dann gibt es noch einige Unklarheiten, die frühzeitig geregelt werden müssen: Es liegen verschiedene Daten, fixe Standorte, Mobile-Daten und digitale Daten von externen Anbietern wie Google vor. Wie soll mit diesen Daten umgegangen werden? Warum gibt es keine fixen Messstellen im kritischen Bereich Lauitor-Schwäbis? Zur Qualität und Beurteilung der erhobenen Daten fragt er sich, wie man z.B. Inlineskater von Trottinett- und Velofahrern unterscheiden kann. Was geschieht mit Personen mit zwei Handys? Wie sind Datenschutz und Tracking geregelt? Über Bluetooth müsste man einen Ein- und Austrittspunkt haben, um Messungen zu machen. Den Zeitplan findet seine Fraktion etwas sportlich, wenn man von einem korrekten und qualitativ hochstehenden Ausschreibungsverfahren ausgeht. Es gibt formale und strukturelle Abläufe, die bei der Umsetzung von solchen Projekten vorgegeben sind, um einen fairen Wettbewerb zu garantieren. Die SVP-Fraktion begrüsst eine regelmässige Information zum Projektfortschritt in der SAKO und würde gerne Antworten auf die offenen Fragen erhalten. Sie stimmt dem Kredit zu.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich für den guten, ausführlichen Bericht. Die Schaffung von Grundlagen ist in diesem für alle wichtigen Thema ausgesprochen wichtig. Ohne verlässliche Daten ist man schlicht nicht in der Lage, Veränderungen festzustellen und zu handeln. Das Monitoring wird der Grundstein für die Verkehrspolitik der Zukunft sein. Das Legislaturziel Energiestadt GOLD erachten die Grünen als wichtig. Sie bedauern, dass eine erste umfassende Standortbestimmung erst 2027 erfolgen soll – zum spätmöglichsten Zeitpunkt gemäss Gesamtverkehrskonzept und fast zehn Jahre nach Inkrafttreten des Mobilitätsreglements. Wichtig ist, dass die Massnahmen rasch umgesetzt werden, ins Monitoring einfließen und dass nach der Standortbestimmung neue Schritte geplant werden können. Dafür ist eine gute Zusammenarbeit aller beteiligten städtischen Abteilungen wichtig. Der Kredit ist hoch, aber gerechtfertigt, wenn man die lange Laufzeit und die grosse Bedeutung für alle betrachtet – aber auch die Kosten, die bei Fehlplanungen mangels von Daten entstehen könnten. Sie hoffen, dass die smarten Erhebungsmethoden in den nächsten 15 Jahren integriert werden können. Erfreulich ist, dass man mit dem Verkehrsmonitoring der Umsetzung des Mobilitätsreglements, aber auch des Gesamtverkehrskonzepts näherkommt. Die Fraktion Grüne/JG stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die grundsätzlich gute Aufnahme und nimmt die Hinweise, worauf beim Ausschreibungsverfahren zu achten sei, gerne entgegen. Die Länge des Berichts sagt nichts über die dahinterstehenden Daten aus, da es für einen aussagekräftigen Bericht nun mal gewisse Daten braucht. Es liegen Google-Modelldaten vor, die zusammen mit anderen Zählweisen in das System integriert werden. Diese sind zwar sinnvoll, um den Verkehrsfluss zu ermitteln, jedoch können keine Rückschlüsse auf die konkreten Fahrzeugzahlen und den Grund eines Staus gezogen werden. Zweitens kann der Langsamverkehr nicht erfasst werden. Somit sind die Google-Daten ein sinnvolles Element, reichen aber allein nicht aus. Die Nutzung von Bluetooth-Daten wurde verworfen, weil die Daten zwar gewisse Rückschlüsse über die Ströme geben können, jedoch unvollständig sind, da nur Fahrzeuge mit einem eingeschalteten Handy mit Bluetooth erhoben werden. Die Daten sind bis ins Jahr 2035 auch nicht unbedingt geeignet, da mit der Modernisierung und Entwicklung der Geräte die Stetigkeit nicht gewährleistet ist. Weiter kann man die Verkehrsträger nicht getrennt erfassen. Die Daten müssten weiter bei verschiedenen Anbietern bezogen werden und es wäre fraglich, ob sie überhaupt vergleichbar wären. Er betont, dass Daten als sehr wichtige Ressourcen angeschaut werden. Aus dieser Optik macht es für den Gemeinderat mehr Sinn, die Daten selbst zu besitzen und zu wissen, wie sie zustande kommen – und nicht ausschliesslich von Dritten

abhängig zu sein. Die Daten müssten nämlich auch noch bearbeitet und zusammengeführt werden. Der Gemeinderat hat die Einwände beachtet, möchte mit den Messstellen aber selbst über exakte Daten verfügen und sie zu einer sinnvollen Berichterstattung zuhanden der Politik zusammenführen, um daraus etwas ableiten zu können. Selbstverständlich müssen hilfreiche Entwicklungen verfolgt und wenn möglich integriert werden. Insgesamt überwiegen die Argumente zum Erfassen dieser Daten für eine sinnvolle, zukünftige Verkehrspolitik.

Der Rat genehmigt mit 36 : 3 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 9. Dezember 2020, beschliesst:

1. Bewilligung eines Gesamtkredits in der Höhe von 1.6 Mio. Franken für eine aussagekräftige Erfolgskontrolle über die Wirkung und den Grad der Zielerreichung der städtischen Verkehrspolitik (Verkehrsmonitoring), bestehend aus
 - a. einem Verpflichtungskredit von 393'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.068 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für die Errichtung und Betrieb eines Verkehrsmonitorings mit periodischer Berichterstattung bis 2035 (Massnahmen Tiefbauamt),
 - b. einem Verpflichtungskredit von 287'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.020 (Bilanzkonto Nr. 14290.10.01) für die Errichtung und Betrieb eines Verkehrsmonitoring mit periodischer Berichterstattung bis 2035 (Massnahmen Planungsamt) und
 - c. einem Verpflichtungskredit als neue Ausgabe von insgesamt 920'000 Franken zu Lasten der Erfolgsrechnungen 2022 bis 2035 für die Betriebs- und Berichtskosten für das Verkehrsmonitoring.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

10. Postulat P 16/2020 betreffend tierschutzgerechtem Umgang mit Stadtauben

Fraktion Grüne/JG, Fraktion SP, Reto Vannini, Simon Werren, Daniela Huber Notter (BDP) vom 17. September 2020; Beantwortung

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für seine wohlwollende Antwort, welche die Bereitschaft unterstreicht, nochmals einen Anlauf zu nehmen und mit entsprechenden Expert/innen eine nachhaltige, an die Stadt angepasste und für alle zufriedenstellende Lösung zu finden. Die nahe Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter und Personen ist zentral. Sie wünscht sich einen konstruktiven und zielgerichteten Dialog, der offene Fragen wie die Zuständigkeiten bei der Umsetzung klären kann. Es freute sie sehr zu hören, dass die Fachstelle Arbeitsintegration für allfällige Infrastrukturbauten miteinbezogen werden kann. So kann das Projekt zu einem positiven Beispiel des friedlichen Zusammenlebens von Menschen und Tier werden. Es wäre schön, wenn der sogenannte Taubenvater und andere bereits Engagierte weiter miteinbezogen werden könnten, eventuell mit angepasstem Jobprofil. Weil nicht einfach ein fertiges Konzept einer anderen Stadt übernommen und umgesetzt werden kann, braucht es den Dialog, um den richtigen Weg für die Stadt Thun zu finden. Sie will sich persönlich dafür einsetzen, Helfer/innen für die Betreuung der Taubenschläge zu finden. Ausserdem müssen die genauen Standorte der Taubenschläge eruiert werden. Dabei ist wichtig, dass diese dort sind, wo sich die Populationen ohnehin schon aufhalten, damit die Tauben den Schlag annehmen. Ein solcher Standort ist die Schiffflände beim Bahnhof. Nur, wenn sich die Standorte auf städtischem Grund befinden, kann sichergestellt werden, dass das Projekt nicht nach wenigen Jahren bei einem Eigentümerwechsel bachab geht. Denkbar wäre, dass die Taubenschläge auf bzw. in Gebäuden errichtet werden, die noch länger der gleichen Nutzung unterliegen. Leider kann das STI-Gebäude nicht zur Verfügung gestellt werden, auch wenn die STI dem Anliegen positiv begetnete. Im Schwäbis wäre ein abzuklärender Standort das Gebäude des Coop City Kyburg. Klar ist,

dass das Vorhaben den Menschenströmen nicht in die Quere kommen darf. Sie geht jedoch sogar vom Gegenteil aus: Wenn sich die Tauben Schlag wohlfühlen, halten sie sich mehr dort auf und flattern den Menschen weniger um die Ohren. Es besteht noch viel Handlungsbedarf in Sachen Sensibilisierung im Umgang mit Tieren und ihren Rechten. Bei diesem Vorhaben sieht sie viel Potential, gemeinsam eine gute Sache auf die Beine zu stellen, die Tieren und Menschen dient, für ein respektvolles Miteinander sensibilisiert und die Stadt um ein weiteres gutes, lebendiges Projekt bereichert. Sie dankt dem Rat für seine Offenheit und das Berücksichtigen von Bedürfnissen, die unsere eigenen Belange nicht direkt betreffen.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, ist erfreut über die positive Antwort. In Aarau konnte die Zahl der Tauben dank einer guten Betreuung und einem städtischen Taubenschlag halbiert werden, ohne sie zu töten. Das im Postulat beschriebene Vorgehen ist in zahlreichen Städten ein Erfolgsmodell. Sie bedauert sehr, dass bis jetzt trotz Anstrengungen keine gute, zeitgemässe und tierschutzkonforme Lösung gefunden werden konnte. Ihre Fraktion freut sich, dass der Gemeinderat nochmals dazu bereit ist, durch die Wiederaktivierung des runden Tisches eine Lösung zu finden. Sie befürwortet eine gute Prüfung, welche zukünftigen Aufgaben rund um die Taubenschläge sich für ein Beschäftigungs- und Integrationsangebots der Fachstelle Arbeitsintegration eignen. Gerade Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen und Suchtproblemen haben vielfach Mühe, eine regelmässige und sinnvolle Tagesstruktur zu finden. Die Betreuung der Tauben könnte deshalb auf Interesse stossen. Um weitere Freiwillige zu finden, müsste man bei der Kommunikation ansetzen, wie in Punkt 2 formuliert ist. Die SP-Fraktion würde sich über eine Mehrheit für das Postulat und dessen Umsetzung sehr freuen. Was in anderen Städten funktioniert, muss doch auch in Thun möglich sein.

Susanne Gygax, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, gibt einen Überblick über die Geschichte der Tauben. Die Hauptursachen für die heute grossen Taubenpopulationen sind das Nahrungsangebot der vielen weggeworfenen Lebensmittel, das gezielte Taubenfüttern sowie die grosse Anpassungsfähigkeit dieser Vögel. Tauben sind zu Allesfressern geworden und können dank der vielen Nahrung ganzjährig brüten. Ein Taubenpärchen kann 10-12 Jungtiere pro Jahr aufziehen. Die Stadttauben sind also eigenständig und nicht auf Fütterung in einem Taubenschlag angewiesen. Der Schlag bietet den Tauben allerdings kontrollierte Brut- und Schlafplätze, ihr Kot kann einfach beseitigt und ihre Vermehrung kontrolliert werden. Ein bis zwei durch die Arbeitsintegration hergestellte Taubenschläge könnten bereits genügen. Sie schlägt vor, einen Schlag zur Besichtigung zu öffnen, um spannende Einblicke ins Leben der Tauben zu ermöglichen. Als mögliche Standorte schlägt sie das Schloss Thun, den Bahnhof und das Areal der alten Schadaugärtnerei vor. Ein Grossteil der Arbeit sollte von Freiwilligen abgedeckt werden. Die Fraktion EVP+EDU+CVP folgt dem Antrag des Gemeinderats und nimmt das Postulat an.

Ronald Wyss, **glp/BDP-Fraktion**, ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Postulanten ein gangbarer Weg ist. Seine Fraktion wünscht sich einen gesunden Taubenbestand, der nicht mehr durch Abschüsse geregelt werden muss. Es ist zu hoffen, dass das in Aussicht gestellte Privatengagement in dieser Sache kein leeres Versprechen bleibt. Die glp/BDP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Eveline Salzmänn, **SVP-Fraktion**, begrüsst angesichts der Tatsache, dass das bisherige Taubenkonzept aus dem Jahr 2007 stammt, die Suche nach Verbesserungsmöglichkeiten und der Miteinbezug von Erfahrungen von anderen Städten. Die Direktion Sicherheit und Soziales hat sich schon vor dem Postulat guten Lösungen oder Gesprächen mit Tierschutzverbänden nicht verschlossen, und ist auch weiterhin dazu bereit. Die SVP-Fraktion ist geteilter Meinung: Die Hälfte, welche das Postulat ablehnen oder sich der Stimme enthalten wird, stellt sich die Frage, weshalb die Stadt die Initiative ergreifen muss – und nicht private Tierschutzverbände wie z.B. der Verein Stadttauben Schweiz, der seinen Sitz in Thun hat. Die andere Hälfte der Fraktion wird für die Annahme stimmen im Sinne der Stellungnahme des Gemeinderats: Die Stadt führt zwar Gespräche, doch von privater Seite werden konkrete Umsetzungsvorschläge erwartet. Die private Seite inkl. Tierschutzverbände muss sich verlässlich verpflichten, Freiwilligenarbeit zu leisten. Sie dankt Stadträtin Zaugg für ihre Bereitschaft, bei der Suche von Freiwilligen zu helfen. Die Stadt kann in der aktuellen Situation keine zusätzlichen finanziellen und personellen Mittel aufbringen.

Hanspeter Aellig (FDP) betont, dass die FDP der Natur und dem Tierschutz die notwendige Bedeutung zumisst. Das aktuelle Taubenschutzkonzept aus dem Jahr 2007 sollte überprüft werden. Die Lösung der bestehenden Probleme wie die Verschmutzung von Liegenschaften soll tierschutzgerecht erfolgen. Die Art und Weise, wie das geschieht, ohne die Tauben einfach zu töten, möchten sie den Spezialisten überlassen. Ob die Kosten einfach so für Projekte für Taubenschläge umgelegt werden können, ist fraglich. Die FDP begrüsst die Gespräche der Direktion Sicherheit und Soziales mit den Tierschützerinnen und Tierschützern. Sie erwarten ebenfalls, dass sowohl punkto Umsetzung als auch punkto Finanzierung und Zurverfügungstellen von Taubenschlägen eine Beteiligung von privater Seite zugesichert werden muss. Im Sinne dieser Zielsetzung stimmt die FDP dem Postulat einstimmig zu.

Gemeinderat Peter Siegenthaler dankt dem Stadtrat für die Hinweise zu den Verhandlungen und Gesprächen. Die Hauptherausforderungen werden die Standorte sowie die Betreuung darstellen. Aktuell wendet die Stadt rund 2'000 Franken für die Person auf, welche das Taubenkonzept umsetzt. Er dankt Stadträtin Zaugg für ihre Bereitschaft, sich für das Finden von Freiwilligen zu engagieren. Bei Stadträtin Gygaax bedankt er sich für die geschichtliche Aufarbeitung, wie die Taube nach Thun kam. Der Gemeinderat wird die Gespräche initiieren und auch die Postulantinnen und Postulanten dazu einladen.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Rat für die Diskussion, die mehrheitliche Zustimmung und die konstruktive Auseinandersetzung und Stadträtin Gygaax für ihre Herleitung. Sie bringt die Richtigstellung an, dass die Tiere doch auf den Menschen angewiesen sind – konkret auf dessen Abfall. Deshalb sind sie auch in der Stadt und würden z.B. in den Bergen nicht überleben. Wenn sich Tauben jedoch von Abfall ernähren, entsteht der sogenannte Hungerkot (Durchfall), der zu viel Verschmutzung und Problemen führt. Wenn die Tauben jedoch Körnernahrung bekommen, ist der Kot viel einfacher zu reinigen. Sie findet den Vorschlag der Schadaugärtnerei zwar sehr gut, doch lassen sich die Populationen leider nicht so einfach zügeln. Dies bestätigt, dass die grossen Herausforderungen die Standorte und die Betreuung sind. Sie hatte zu mehreren Privatpersonen Kontakt, die sich seit Jahren mehrmals pro Woche oder sogar täglich für die Tauben engagieren. Einige haben auch schon die ganze Stadt angeschrieben, um Standorte auf privatem Grund zu finden. Sie schätzt die vorhandenen Ideen und hofft jetzt auf gute Lösungen.

Der Rat erklärt das Postulat grossmehrheitlich als erheblich

11. **Interpellation I 6/2020 betreffend Plattform Uber Eats bedroht lokales Essensliefergewerbe**

Fraktion Grüne/JG und Fraktion SP vom 20. August 2020; Beantwortung

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, ist teilweise befriedigt und froh, wenn der Gemeinderat das Thema im Auge behält. Die Diskussion wird nicht gewünscht.

12. **Fragestunde F 1/2021 betreffend COVID-19-Solidaritätsbeitrag der Stadt Thun**

Nicole Krenger (glp) vom 18. Januar 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 1/2021 wird schriftlich beantwortet.

13. Fragestunde F 2/2021 betreffend Aktivierung Covid-19-Solidaritätsbeitrag der Stadt Thun

Fraktion SP vom 19. Januar 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 2/2021 wird schriftlich beantwortet.

14. Fragestunde F 3/2021 betreffend Konzepthalle 6: «Daskonzept-Firmen in Schieflage»

Fraktion SP vom 19. Januar 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 3/2021 wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident informiert den Rat, dass der Skitag vom 6. März 2021 aufgrund der aktuellen Situation definitiv nicht stattfinden kann.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben von Stadtrat Andreas Kübli.

Der Stadtratspräsident verabschiedet Stadtrat Andreas Kübli getreu dessen Motto als Stadtratspräsident im Jahr 2018 mit einem Nietzsche-Zitat zum Thema Brückenschlagen. Er gibt einen Überblick über dessen vielseitiges Engagement für die Stadt Thun und dankt ihm herzlich für seinen grossen Einsatz. Für die Zukunft wünscht er ihm alles Gute und freut sich, schon bald wieder vom Freiwilligenarbeiter Kübli zu hören.

Eingänge

- Motion M 1/2021: Offenlegung der Finanzierung von Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees; SP-Fraktion; Fraktion Grüne/JG vom 22. Januar 2021
- Parlamentarische Erklärung PE 1/2021: Velo- und Fussverkehrsoffensive für Thun; Marc Barben (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Adrian Christen (SP), Nina Siegenthaler (SP), Roman Gugger (Grüne), Thomas Hiltpold (Grüne), Alwin Hostettler (Grüne), Reto Kestenholz (Grüne), Thomas Rosenberg (Grüne), Cloe Weber (Junge Grüne), Sarah Zaugg (Grüne), Katharina Ali-Oesch (SP), Martin Allemann (SP), Manon Jaccard (SP), Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Nicole Krenger (glp), Daniela Huber Notter (BDP), Andreas Kübli (glp) vom 22. Januar 2021
- Postulat P 1/2021 betreffend keine Servicegebühr für Gratisfraktionen im Absammelhof Thun; Peter Aegerter (SVP) und Fraktion SVP vom 22. Januar 2021
- Postulat P 2/2021: Professionelle Kunst am Objekt, Streetart usw.; Fraktion EVP+EDU+CVP vom 22. Januar 2021

Der Stadtratspräsident

Roman Gugger

Der Stadtratssekretär

Christoph Stalder